

Jährliche Berichterstattung des Fördermanagements

Je nach Berichterstattung gibt es zwischen 1500 und 2600 Förderprogramme. Förderungen werden von den unterschiedlichen staatlichen Ebenen, der Europäischen Union, dem Bund und der Länder ausgelobt. Es gibt kommunale Förderprogramme und Stiftungen oder Vereine legen ebenfalls gerne im Rahmen ihres Stiftungszwecks interessante Förderungen auf. Und schließlich werden über mehr oder weniger kommunale Unternehmen, Banken, Sparkassen oder auch Krankenkassen Mittel für soziale und gemeinnützige Zwecke bereitgestellt. Nahezu täglich werden neue Förderungen erfunden und andere beendet. Dies mag der Grund dafür sein, dass die Zahlen der unterschiedlichen Berichte so stark differieren.

Gefördert werden Private, Stiftungen (die ihrerseits fördern), Vereine, Wirtschaftsunternehmen und Kommunen. Die Fördergegenstände sind so bunt wie das Leben. Gerade in den Coronazeiten stand im Mittelpunkt die Förderung digitaler Werkzeuge, im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategien und des Green New Deals der EU werden derzeit erhebliche Mittel aufgebracht für Elektro- und Wasserstoffmobilität, für grüne Infrastrukturen und für Energieerzeugung. Im Sozialen geht es um Quartiere, Sprachförderung und Arbeitsmarktzugänge, in der Bildung um Aufholen nach Corona, in der Kultur um die Weiterentwicklung und die Stabilisierung des Kulturbetriebs, im Sport um die Funktionsfähigkeit der Sportstätten und bei der Integration um Spracherwerb, Unterbringung und Qualifizierung. Diese Liste ließe sich fast endlos fortsetzen.

Entsprechend unterschiedlich sind die Fördersätze, die Fördergegenstände, die Förderbedingungen und die Förderzugänge. Manche Förderinstitutionen bieten lediglich Beratung und/oder Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, andere fördern teils hohe Investitionen und wieder andere konzentrieren sich auf Konzeptentwicklungen. Die einen leisten einen Zuschuss von 20%, andere Förderungen unterstützen die Vorhaben mit 90% bis 100%. Es gibt Förderanträge, da werden formlos zwei Seiten ausgefüllt, während bei anderen 15 Seiten nur knapp ausreichen.

Letzteres korrespondiert unter anderem mit der Vielzahl der beteiligten so genannten Projektträger, die von den Fördergebern mit der Abwicklung des Fördergeschehens beauftragt werden. Offenbar haben hier die jeweiligen Stellen eigene Traditionen und Kulturen von Zusammenarbeitsformen entwickelt. Die Bandbreite reicht von z.B. von bundeseigenen Gesellschaften wie dem „Zentrum Umwelt Gesellschaft“ (ZUG) auf der Bundesebene bis hin zu den Bezirksregierungen, die in NRW viele der landeseigenen Förderprogramme begleiten – aber längst nicht alle. Teilweise sind auch Bundes- und Landesbanken wie die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW) oder die „NRW-Bank“ mit Vergabe und Abwicklung von Förderungen beauftragt. Stiftungen und Vereine haben oft eigene Wege entwickelt und ein Großteil der europäischen Mittel wird über Bund und Länder verwaltet.

Vor dem skizzierten Hintergrund nimmt es nicht Wunder, dass mitunter von einem Förderdschungel gesprochen wird, in dem man sich kaum zurechtfindet. Tatsächlich gibt es einige Instrumente wie Förderdatenbanken des Bundes, der Länder und der Stiftungen, die gut gepflegt sind und auf denen gezielt nach Förderungen für eigene Vorhaben gesucht werden kann. Voraussetzung ist allerdings nicht nur das eigene Vorhaben, sondern auch die Kompatibilität mit dem jeweiligen Förderprogramm – und

die ist bei den sich rasch weiterentwickelnden Programmen nicht zwingend gegeben. Schon allein deshalb ist es notwendig, sich immer wieder mit den aktuellen Entwicklungen auf dem „Fördermarkt“ auseinanderzusetzen und eigene Strategien zur Nutzung von Fördermitteln zu entwickeln. Dies gilt auch für die kommunale Ebene.

Gute Absichten – schwierige Durchführung

Grundsätzlich gibt es einige Gemeinsamkeiten von Förderprogrammen mit nennenswerten Auswirkungen auf die Antragstellenden:

1. **Förderungen spiegeln die Intentionen des Fördergebers wieder.**

Was sich auf den ersten Blick trivial anhört, erfordert auf den zweiten einen gewissen Einblick in die Welt des jeweiligen Fördergebers. Auf der staatlichen Ebene finden sich in den Koalitionsverträgen des Bundes und des Landes NRW oder in den Jahresplanungen der EU Hinweise, welche Schwerpunktsetzungen die jeweiligen Regierungen und ihre Ministerien sich zukünftige Förderungen vorstellen. Bei Stiftungen und ähnlichen Organisationen ist die Grundlage der Satzungszweck.

Das Problem erschließt sich schnell: Je „weiter weg“ die jeweilige Ebene vom Geschehen vor Ort ist, desto ambitionierter die Förderbedingungen oder desto mehr entfernen sie sich von den regionalen oder kommunalen Realitäten.

2. **Förderungen sind befristet und abhängig von den Haushalten des Fördergebers.**

In der Konsequenz gibt es folglich keine Garantien, dass ein Förderprogramm, das attraktiv erscheint in den kommenden Jahren weiterhin existieren wird – und je nach jeweiliger Haushaltsituation werden sehr kurze Fristen gesetzt. So wurden unter dem Titel „REACT EU“ in 2021 Förderungen ausgelobt mit Beantragungszeiträumen zwischen vier Wochen und zwei Monaten.

Die Abhängigkeit von der jeweiligen Haushaltssituation birgt zudem das Risiko, dass sich Förderbedingungen kurzfristig ändern oder gar Förderkulissen gestrichen werden. Beides ist im vergangenen Jahr vorgekommen.

3. **Förderbedingungen sind in der Regel komplex.**

Während in den Ankündigungen von neuen Förderkulissen oft die großen Linien verfolgt werden, liegen auch hier gleich mehrere Teufel im Detail. Allen Bestrebungen der Entbürokratisierung von Förderprogrammen zum Trotz finden sich im Kleingedruckten oft Bedingungen, die entweder viel Bürokratie nach sich ziehen und/oder Voraussetzungen formulieren, die für viele Kommunen nicht durchführbar sind. Außerdem gibt es mittlerweile etliche Förderprogramme, die die Verbindung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem inhaltlich einfordern. Dies bedeutet, dass eine Teilnahme zwischen unterschiedlichen Fachdiensten und Dezernaten abgestimmt werden muss.

4. **Förderungen sind meist Anteilsfinanzierungen.**

In aller Regel werden je nach Förderprogramm nur bestimmte Prozentsätze der förderfähigen Kosten finanziert. Der sogenannte Fördersatz liegt grob gesprochen zwischen 40% (oft bei Kultur/ Bildung/ Soziales im Bund) und 70% (z.B. Städtebau/ Sanierungen). Einige Programme berücksichtigen die

Haushaltslagen der Kommunen in dem Sinne, dass Nothaushaltkommunen bei Nachweis einen entsprechend erhöhten Fördersatz beantragen können, der sogar bis zu 100% betragen kann. Zu berücksichtigen ist dabei, dass dennoch Kosten für die Kommunen (Sach- und Personalkosten) anfallen und vor allem, dass die Gemeinden meist das Vorhaben vorfinanzieren müssen. Bei einer sehr knappen Haushaltslage kann dies Schwierigkeiten bei der Haushaltsführung nach sich ziehen und im Zweifel die Inanspruchnahme eines entsprechenden Programms zumindest erschweren.

5. Förderungen beziehen sich im Wesentlichen auf Investitionen.

Es gibt etliche rechtliche Rahmenbedingungen, die Förderungen von Personal und Gemeinkosten zumindest erschweren meist sogar verhindern. In der Folge werden viele teils hohe Förderungen für Investitionen ausgelobt. Dies benachteiligt insbesondere Nothaushaltkommunen wie die Stadt Remscheid in besonderem Maße: Nach zwanzig Jahren in der Haushaltsicherung wurden Investitionen zurückgestellt und vor allem die Personaldecke ausgedünnt. Jede Förderung erfordert allerdings fachkundige Menschen, die das Vorhaben beantragen und vor allem auch durchführen können. Das heißt, sie führt zu zusätzlichen Arbeitsbelastungen.

Das wirkt sich in dreierlei Richtungen aus:

- Zum einen ist es schwierig, einen Überblick über die aktuellen Förderprogramme zu behalten. Fachabteilungen kennen zwar über ihre Kontakte meist die aktuellen Förderkulissen, sind aber immer wieder in der Zeitfalle mit der Folge, dass manch ein Programm nicht genutzt wird. Hier hilft das zentrale Fördermanagement.
- Zum zweiten liegen kaum Projekte in den Schubladen, die mit der Nutzung von Förderprogrammen mit wenigen Anpassungen eingereicht werden könnten. Die Zeit für die Erarbeitung von neuen entsprechenden Projekten kostet Zeit, Fachlichkeit und personelle Ressourcen, die oft nicht vorhanden sind.
- Zum dritten braucht es eine Perspektive für die Verwirklichung eines Vorhabens. Selbst wenn Gutachten beauftragt werden können oder Teile des Vorhabens vergeben werden, gilt es, eine qualifizierte Begleitung sicherzustellen, die Einhaltung der Förderbedingungen zu überwachen, Verwendungsnachweise und Zwischenberichte zu schreiben und vieles mehr. Dies alles benötigt qualifiziertes Personal und ausreichend Zeit.

Diese und andere systematische Missverständnisse zwischen den Intentionen des jeweiligen Fördergebers und den realen Bedingungen vor Ort führen dazu, dass vor allem die Kommunen mit großen Planungsabteilungen insbesondere bei den häufigen Wettbewerben sich größere Chancen auf Bewilligungen ausrechnen können. Der Deutsche Städtetag und der Städte- und Gemeindebund weisen auf Ihren jeweiligen Ebenen immer wieder auf diese Problemstellung hin. Auch wenn das eine oder andere Programm etwas unbürokratischer gestaltet wird – der große Durchbruch ist noch nicht in Sicht.

Für das Fördermanagement der Stadt Remscheid bedeutet das in der Konsequenz das Erfordernis, es insgesamt strategisch unter Berücksichtigung der Ziele der Stadt sowie ihrer personellen Ressourcen aufzubauen.

Situation auf dem Fördermarkt seit Juli 2021

Das Jahr 2021 war in Bezug auf das Fördergeschehen von einigen wichtigen Ereignissen geprägt. Infolge der Corona-Pandemie wurden erhebliche Mittel 2020 seitens der EU, des Bundes und der Länder aufgebracht. Die Jahre 2020/21 waren in der Folge von Förderungen geprägt, die im Wesentlichen dazu dienen sollten, die Corona-Folgen abzumildern. Die Förderung der digitalen Ausstattung der Schulen, das Programm „Aufholen nach Corona“, die Luftfilter resultieren beispielsweise aus dieser Zeit. Teilweise wurden die Vorhaben zu 100% gefördert. Ab dem Sommer 2021 änderte sich die Lage auf dem Fördermarkt langsam. Von Mitte 2021 bis Mitte 2022 beeinflussten die folgenden Ereignisse die teils zögerliche (Neu-) Auflage von Förderungen:

1. Die Förderperiode der EU war streng genommen 2020 ausgelaufen, die neue Förderperiode 2021 – 2027 war mit Blick auf die Mittelinanspruchnahme durch Bund und Länder noch nicht genehmigt. Zu Erklärung: Es gibt EU-Mittel, die entsprechend den Zielen der EU (Green New Deal) vom Bund und von den Ländern beantragt werden können. Voraussetzung dafür ist die Einreichung eines entsprechenden Antrags, der selbstverständlich erklären muss, wie diese Ziele auf der nationalen erreicht werden sollen. Diese Anträge werden von der EU geprüft, ein Prozess der 2021 noch nicht abgeschlossen war mit der Folge, dass die Mittel nicht ausgeschöpft werden konnten. In dieser Situation wurden die Förderprogramme REACT EU aufgelegt, in denen nicht abgerufene Coronamittel gebündelt und in verschiedenen Programmen für die Kommunen bereitgestellt wurden. Der Pferdefuß war und ist, dass diese Mittel möglichst schnell ausgegeben werden mussten und müssen, was sehr kurze Beantragungs- und Abwicklungsfristen erklärt. Die Billigkeitsrichtlinie oder auch das Förderprogramm für Einwandernde aus Süd-Ost-Europa gehören z.B. dazu. Darüber hinaus waren mittelbar EU-geförderte Programme nicht vorhanden.
2. Im Oktober 2021 waren Bundestagswahlen. Dies führte im ersten Schritt – praktisch in deren Vorbereitung – zur Ausweitung der Förderaktivitäten seitens des Bundes und im zweiten – nach der Wahl zu teils hektischen Veränderungen der Förderkulissen. Als finanziell attraktivstes Beispiel sei hier die Bundesförderung für Nichtwohngebäude genannt, dass für Ankauf und energetische Sanierung nennenswerte Zuschüsse in Aussicht stellte und Ende des Jahres 2021 gestoppt und anschließend stark verändert und reduziert wurde. Da Förderungen generell unter Haushaltsvorbehalt stehen, mussten für viele Programme auch noch die Haushaltsberatungen abgewartet werden, was zu großen Verzögerungen führte und führt.
3. Die Landtagswahl im Mai 2022 brachte ähnliche Entwicklungen auf der Landesebene hervor. Da aber die meisten Programme bereits haushalterisch sicher verankert waren, wurden sie auch nach den Wahlen in der Regel weitergeführt mit Ausnahme der EU-Mittel, für die die ersten Calls erst in diesem Herbst laufen.

Auch wenn sich angesichts der aktuellen Krisen die Fördersituation noch nicht nachhaltig gefestigt hat, so lassen sich mit Blick auf die Förderprogramme des Bundes jetzt die wichtigsten Förderthemen, hinterlegt mit entsprechenden Mitteln, identifizieren:

1. Förderung Digitales, Wasserstoff und Elektromobilität

2. Förderung Radwegebau
3. Förderung Klimaschutz und Klimafolgenanpassung
4. Förderung Städtebau/ energetische Gebäude- und Quartiersanierung
5. Förderung Qualifizierung und Bekämpfung Fachkräftemangel
6. Förderung Kultur und Zusammenleben

Die Fördersätze sind je unterschiedlich und liegen zwischen 40% und 90%.

Auf der Ebene des Landes ist die weitaus wichtigste und finanziell attraktivste Förderung derzeit die EFRE-Förderung, für die jetzt die ersten Calls erfolgen. Ansonsten ist der NRW-Haushalt noch in der Abstimmung. Indizien für eine Landesförderung zeichnen sich jedoch ab, wobei viele Ziele durchaus denen des Bundes zumindest ähneln. Es ist zudem beabsichtigt, die Förderprogramme erheblich zu verschlanken und den Kommunen mehr Spielräume bei der Gestaltung einzuräumen. Ob es so kommt, werden das kommende Jahr zeigen.

Fördermittel und die Stadt Remscheid

Die Stadt Remscheid hat – möglicherweise infolge der ständigen Nothaushaltsslage – eine lange Tradition bei der Nutzung von Förderungen staatlicher Stellen. Generell wurde in der Vergangenheit das Fördergeschehen dezentral organisiert. Die einzelnen Fachdienste, die in der Regel gut vernetzt mit übergreifenden Strukturen sind, nutzen und nutzen Förderungen, die im Wesentlichen in ihrem Aufgabenbereich liegen z.B. Gewässerschutz oder Straßenbau. Ein Austausch über die aktiven Förderungen war selten, übergreifende fachdienstübergreifende Förderangebote wurden nur in Einzelfällen genutzt. Dennoch waren und sind die im Fördergeschehen aktiven Fachdienste außerordentlich erfolgreich.

Die Rückmeldungen der Fachdienste ergaben den Jahren 2021/22 in 55 Fördervorhaben die Verwendung von Fördermitteln in Höhe von insgesamt 37.924.669,00 Euro, der Eigenanteil liegt im bei etwas über 10%. Der ungewöhnlich niedrige Eigenanteil ist vor allem der Mittelvergabe in der Corona-Pandemie geschuldet, in deren Folge mitunter vom jeweiligen Fördergeber auf die Erbringung eines Eigenanteils verzichtet wurde. Außerdem ist zu bedenken, dass die Förderungen sich auf viele Jahre verteilen, es sich also nicht um Ausgaben für ein oder zwei einzelne Jahre handelt.

Sowohl das Volumen als auch die Fördersätze sind dabei je nach Themenbereich durchaus unterschiedlich. Kleine und große Fördertöpfe sind dabei, die Förderung von Baumaßnahmen ebenso wie die von Personalausgaben. Nicht mitgerechnet wurden u.a. die strukturellen Förderungen – vor allem von Personal - des Kommunalen Integrationszentrums im Kommunalen Integrationsmanagement oder die Zuschüsse zu den Kitas bzw. der OGS. Nicht eingerechnet wurden auch die Förderungen aus dem Wiederaufbaufonds des Landes in Höhe von 6.515.050,00 Euro.

Mit Blick auf die Fördervolumina und die Beantragung von Förderungen sind die Fachdienste sehr unterschiedlich aufgestellt. Als „Klassiker“ sei in erster Linie die Städtebauförderung mit ihren jeweiligen Programmen genannt. Der Stadtumbau West oder die Förderung der Innenstädte Remscheid und Lennep sind mit großem Abstand die Vorhaben mit den finanziell höchsten Zuschüssen. Allein 12.495.449,00 Euro bei einem Eigenanteil von 821.234,00 Euro betrug im abgefragten Zeitraum das Förderbudget. Dazu kommen noch die Mittel aus der Verkehrsplanung (Eisenstein/ Durchstich Intzestraße) mit 4.118.000,00 Euro, bei einem Eigenanteil von 35%. Die

entsprechenden Fachdienste haben eine lange Erfahrung in diesem Themenkreis und deren Umsetzung.

Der Bildungsbereich hat im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie mit 11.127.130,66 Euro erhebliche Mittel erhalten teils mit einer 100% Förderung. „Digitalpakt NRW“ oder „Aufholen nach Corona“ sind hier die entscheidenden Stichworte. Ob in Zukunft speziell mit Blick auf die digitalen Endgeräte der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Lehrkräfte zu erwarten ist, bleibt unklar. Etwas über 2,4 Millionen Euro wurden für diesen Zweck aufgebracht.

Im Themenfeld Klimafolgenanpassung hat der Fachdienst Umwelt in der Vergangenheit seit dem ersten Konzept im Jahr 2013 kontinuierlich und mit gutem Erfolg an der Inanspruchnahme von Förderungen gearbeitet. Die jeweils geförderten Stellen im Klimaschutzmanagement ist hierfür ein gutes Beispiel. Mit 3.809.603,00 Euro wurden im Umweltamt insgesamt erhebliche Mittel auf die Aufgaben eingeworben, die zum Großteil über die Wasserrahmenrichtlinie gefördert wurden. Es ist zu erwarten, dass angesichts der öffentlichen Diskussionen um Klimafolgenanpassung, Hochwasserschutz und Biodiversität in diesem Themenbereich noch weitere Förderungen aufgelegt werden. Mit der Nachhaltigkeitsstrategie hat die Stadt Remscheid eine gute Grundlage für die Nutzung solcher Fördertöpfe geschaffen. Angesichts der Problematik, dass Personal nur selten gefördert wird, können Beantragungen und Umsetzungen sich angesichts der dünnen Personaldecke schwierig gestalten.

Andere Fachdienste können zum Remscheider Fördergeschehen nicht mit so hohen Summen beitragen, gleichwohl sind auch dort Förderungen essenziell. Wenn im Gesundheitsamt Personal aufgestockt, über NRWeltoffen Demokratisierungsprozesse angestoßen, Sozialplanung auf den Weg gebracht, Diversitätskonzepte im Deutschen Röntgenmuseum entwickelt oder die Sanierung der alten Feuerwache in Lüttringhausen ermöglicht werden, dann leisten sie wichtige Beiträge für die Stadt Remscheid.

Aktivitäten des Fördermanagements

Das Verhältnis zwischen dezentraler Eigenständigkeit und Budgetverantwortung einerseits und einer zentral verorteten strategischen Steuerung andererseits ist generell schwierig – nicht nur bei der Stadt Remscheid. Viele Fragen müssen geklärt werden – zuallererst die, wer in welchem Arbeitsbereich „den Hut aufhat“ und welche Ent- oder gar Belastungen mit dem zentralen Fördermanagement einher gehen.

Um diese Fragen zu klären und für die Zukunft sinnfällige Verfahren zum Nutzen aller zu entwickeln, wurde nach Abschluss der Gespräche mit den Leitungen der einzelnen Fachdienste ein „Arbeitskreis Förderungen“ gegründet, der mittlerweile dreimal zusammengekommen ist. Die Fachdienste entsenden je eine Person, die sich mit Förderungen im jeweiligen Dienst beschäftigt, in diesen Arbeitskreis. Die Diskussion ist sehr lebendig und geprägt von dem Wunsch, das Fördergeschehen in der Stadt Remscheid greifbarer zu machen.

Im Mittelpunkt der Überlegungen stehen vier Kernfragen:

1. Überblick

Die dezentrale Organisation des Fördergeschehens bringt es mit sich, dass es keinen Überblick über die tatsächlich in Anspruch genommen Förderprogramme, deren Volumen und deren Abrechnung gab. Die fehlende Transparenz wirkt sich

auf Bereiche wie das Abrechnungswesen, die strategische Planung und die Kommunikation aus. Es können Insellösungen entstehen unter anderem auch dort, wo ein Mehrwert über einen integrierten strategischen Ansatz z.B. über die Fachkonzepte oder die Nachhaltigkeitsstrategie erzielt werden könnte.

Derzeit wird in Zusammenarbeit mit der IT darüber nachgedacht, wie und in welcher möglichst einfachen Form die Eckdaten der genutzten Förderprogramme zentral gespeichert und vor allem für das RPA, die Kämmerei sowie mittelbar die Politik nutzbar werden können. Aktuell fungiert das zentrale Fördermanagement als Sammelstelle für die für die neu beantragten Förderprogramme.

2. Prioritäten

Bei über 2000 potenziellen Förderprogrammen einerseits und einer großen Arbeitsbelastung des städtischen Personals andererseits nimmt es nicht wunder, dass man sich im Förderdschungel verirren kann oder sich angesichts bestimmter Förderaufrufe von den eigenen und städtischen Zielen fortbewegt. Auch Forderungen aus der Politik für das eine oder andere Projekt nun Förderungen zu beantragen, kann dazu beitragen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Nutzung von Förderprogrammen eng mit den strategischen Aufgaben, die sich Politik und Verwaltung der Stadt Remscheid aufgeben haben, zu verknüpfen. Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie wäre eine solche strategische Aufgabe, aber auch die Verwirklichung der verabschiedeten Fachkonzepte des einzelnen Fachdienste.

Um diese Prioritäten zu klären und entsprechende Aufträge zur Erarbeitung von Förderanträgen zu erteilen, wird derzeit das folgende Verfahren realisiert. Das Fördermanagement erhält Kenntnis von einem aktuellen Förderaufruf und fragt bei den Fachdienste allgemein an, ob Interesse an einem Antrag besteht. Sollte das der Fall sein, wird dies mit dem Oberbürgermeister und/oder den Beigeordneten besprochen. In der Folge wird der Auftrag erteilt, an dem entsprechenden Programm teilzunehmen. In der Konsequenz bedeutet das, dass nicht jedes Programm genutzt werden kann oder wird.

3. Personal/ Kapazitäten

Die Beantragung und Nutzung von Förderprogrammen kostet Zeit. Je nach Programmvolumen ist jenseits der Arbeit des Fördermanagements von etwa vier bis sechs Stunden seitens der Fachdienste auszugehen. Allerdings gibt es auch Anträge, die erheblich mehr Zeit erfordern. Sollte der Antrag zum Erfolg führen, potenziert sich den Anteil der Arbeitsstunden für die Abwicklung, selbst dann, wenn externe Beauftragungen vorgesehen sind. Dazu kommt: Die Erstellung von Zwischenberichten und Verwendungsnachweisen ist teils hochkomplex, erfordert eine hohe Fachkompetenz und kostet ebenfalls Zeit. Ein Beispiel mag die Erstellung eines Hitzeaktionsplans, wie von der Politik beschlossen, sein. Auch wenn die Erstellung eines solches Konzeptes durch Externe eine Förderkulisse vorhanden ist, behilft sich die Verwaltung derzeit bei der Erstellung aus guten Gründen mit einem anderen geförderten Projekt, dem Forschungsprogramm EXTRASS V. Es bleibt aber die Frage, wer am Ende bei der Umsetzung des Hitzeaktionsplan „den Hut aufhat“.

In der Antragsphase unterstützt das zentrale Fördermanagement die Antragsstellung. Es bringt die zu beteiligenden Fachdienste zusammen, gestaltet die Fördergespräche, hält Kontakt zum Projektträger, führt die Bausteine

zusammen und erarbeitet den Förderantrag. Damit liegt für die Antragstellung der größte Teil der Arbeit beim Fördermanagement, was die Arbeit der Fachdienste entlasten soll. Dabei wird auch geklärt, welcher Fachdienst im Falle einer Bewilligung für die Durchführung des Vorhabens zuständig sein wird.

Schwierig wird es, wenn es um die Erstellung der Zwischenberichte und der Verwendungsnachweise geht. Hier ist streng genommen der jeweilige Fachdienst zuständig, was aber insbesondere bei den Fachdiensten zu Problemen führen kann, die seltener Förderungen in Anspruch nehmen und deshalb nicht mit den Verfahren vertraut sind. Über den Arbeitskreis können hier Hilfestellungen geleistet werden. An weiteren Lösungsansätzen wird derzeit gearbeitet. Es liegt in der Natur der Sache, dass das Thema Verwendungsnachweise nicht bei einer einzigen Stelle in der Stadtverwaltung angesiedelt werden kann. Urlaube, Erkrankungen etc. würden dort unter Umständen zur Verfristung der anstehenden Aufgaben führen.

4. **Eigenanteile**

Ein Fallstrick, der immer wieder genannt wird, ist die Darstellung der Eigenanteile, die oft aus den Budgets der jeweiligen Fachdienste erwirtschaftet werden müssen. Da in der Regel nicht absehbar ist bzw. angesichts der Vielzahl der neuen Programme sein wird, kann das wahrscheinlich von den Fachdiensten nicht realistisch geleistet werden. Planbar wären letztlich nur wiederkehrende Programme. In der Folge kann das dazu führen, dass neue Programme nicht in Anspruch genommen werden, weil das jeweilige Budget ausgeschöpft bzw. der u.U. hohe Eigenanteil nicht darstellbar ist.

Bei der Erarbeitung der Anträge ist die Kämmerei geborener Partner, um bereits im Vorfeld die Frage des Eigenanteils klären zu können. Bislang ist das immer gelungen. Leider ist die Einrichtung eines entsprechenden Budgets für Eigenanteile bei Förderprogrammen derzeit nicht mit der Gemeindeordnung vereinbar, wobei das die einfachste und praktischste Lösung wäre.

Das zentrale Fördermanagement vermittelt Kenntnisse über aktuelle Förderungen, koordiniert die Antragstellung, baut eine Zentralstelle für aktuelle Förderungen auf und lädt regelmäßig zum Arbeitskreis Förderungen.

Akquise und Fortbildungen

Informationen sind das Salz in der Suppe des Fördermanagements. Da manche Programme kurzfristig und mit sehr kurzen Beantragungszeiträumen aufgelegt werden, gehört es zu den Aufgaben, sich über aktuelle Entwicklungen auf den unterschiedlichen Ebenen auf dem Laufenden zu halten und nach innen zu kommunizieren. Dazu gehört die Teilnahme an den Veranstaltungen von Projektträgern, die Mitgliedschaft an entsprechenden Arbeitskreisen sowie die Beobachtung der politischen Zielsetzungen von Landes- und Bundesministerien sowie der Vorhaben der EU. Ziel ist es, über ein entsprechendes Informationsmanagement den Fachdiensten wichtige aktuelle Fördertrends zur Verfügung zu stellen. So kann es gelingen, dass bei den Planungen der Fachdienste, aktuelle Entwicklungen berücksichtigt werden können. Derzeit ist das Fördermanagement Mitglied in den entsprechenden Arbeitskreisen des „Rates der Gemeinden und Regionen Europas“ (RGRA) und der KGST und nimmt regelmäßig an den Veranstaltungen teil.

Bei der Vielzahl von potenziellen Förderprogrammen auf den unterschiedlichen Ebenen und den aktuellen Bedingungen vor Ort ist es eine Herausforderung, die relevantesten für die Stadt Remscheid herauszufinden und zu vermitteln. Zwar gibt es mehr oder weniger gut gepflegt Datenbanken, sie setzen allerdings einen sehr klaren Plan voraus. Das größere Problem in diesen Datenbanken, ist aber ihre bedingte Aussagekraft mit dem Blick auf aktuelle und zu erwartende Programme. Denn oftmals ist der Beantragungszeitraum sehr eng gefasst – vor allem dann, wenn gerade einmal kein Projekt in der „Schublade“ liegt.

Neben vielen kleineren Förderungen im Rahmen spezieller Anwendungen konzentriert sich das Fördermanagement derzeit auf solche Programme, die zum einen mit den Strategien der Stadt Remscheid korrespondieren und zum anderen auch die Beschäftigung von Personal beinhalten. Beides erfüllt zum Beispiel die Kommunalrichtlinie des Bundes, über die nahezu alle Bereiche in dem Themenfeldern Klimaschutz oder Klimafolgenanpassung gefördert vom Radverkehr bis zur kommunalen Wärmeplanung gefördert werden können. Daneben ist noch die Städtebauförderung von Interesse. Auf der Ebene des Landes geht es bei Progres NRW unter anderem um die Förderung der Elektromobilität und seit November 2022 spielt das EFRE-Programm 2021-2027 wieder eine wichtige Rolle. Die ersten Calls wurden am 1. November veröffentlicht.

Wichtig sind noch die Förderprogramme, die sich mit dem Themenbereich des Digitalen beschäftigen. Hier gibt sehr große Förderungen – es sei an die Förderung „Digitale Modellregion“ erinnert, die teils für sich genommen teils verwoben mit konkreten kommunalen Fragestellungen erhebliche Mittel für das Themenfeld Smart bereitstellen.

Das Thema Mobilität nimmt außerdem zunehmend Raum ein in der Förderlandschaft. Im Zentrum stehen die Förderung von Radwegen, vernetzten Verkehrssystemen im Rahmen des Modal Split, E- Mobilität, Quartiersgaragen und vieles mehr. Die Bausteine zur Verkehrswende erfordern das Zusammenwirken vieler Akteurinnen und Akteure. Derzeit finden z.B. Förderrunden zum Förderprogramm „Vernetzte Mobilität und Mobilitätsmanagement“ statt.

Um Innovationen anzuheizen, werden einige Förderungen als Wettbewerbe aufgelegt. Eingereicht wird eine – sehr umfangreiche – Projektskizze, die entweder von einer Jury oder auch vom Haushaltsausschuss des Bundestages beurteilt wird. Im Fall eines positiven Entscheides bekommt die beantragende Kommune die Gelegenheit aus der Skizze einen Antrag zu erstellen. Es besteht in diesem Zusammenhang ein enger Austausch mit unseren Abgeordneten in Bund und Land. Sie werden frühzeitig über die Antragstellung informiert und kümmern sich dankenswerterweise sehr intensiv darum, die Stadt Remscheid zu unterstützen.

Nachdem die ersten Calls für die EFRE Förderperiode nun online sind, kommt als weitere Aufgabe für die Stadt Remscheid hinzu, sich für die meist regional orientierten Aufruf sich innerhalb des Bergischen Städtedreiecks mit ihren Konzepten gut zu präsentieren.

Folgende Förderanträge wurden seitens des Fördermanagements in Zusammenarbeit mit den Fachdiensten 2021 und 2022 gestellt:

Bewilligte Anträge	Inhalt	Fördergeber	Status	Gesamtsumme/€	Eigenanteil/€
NRWoffen	Bekämpfung Rechtsextremismus/ Antisemitismus	Land NRW	Bewilligt	183.712,52	18.371,25
Neue Normalität	Diversität im Kulturbetrieb	Land NRW	Bewilligt	100.428,00	25.107,00
Zusammen im Quartier	Sozialplanung	Land NRW	Bewilligt	350.000,00	70.000,00
Einwanderung Südost Europa	Arbeitsmarktzugänge für EU- Binnenwanderung	Land NRW	Bewilligt	82.334,34	8.233,43
Alte Feuerwache	Ausbau als Dritten Ort	BUND/ KulturInvest	Bewilligt	1.183.032	591.516,00
2 E-Sprinter/ 2 E-Golf	E-Fahrzeuge TBR	Progres NRW	Bewilligt	185.177,50	74.060
Billigkeitsrichtlinie	Diverse Vorhaben	Land NRW	Bewilligt	147.190,42	
Bewilligte Anträge gesamt				1.881.874,78	762.180,68
Laufende Anträge					
Kuckuck – Teil 2	Neuer Versuch	BUND/ Klimaräume	Wettbewerb/Skizze	5.090.045,90	763.506,88
Eschbachtal Teil 2	2. Bauabschnitt	BUND/Sanierung kom. Einrichtungen	Wettbewerb/Skizze	7.246.230,58	1.811.557,65
Klimanpassungsmanagement	Erarbeitung Klimafolgenanpas- sungskonzept	BUND/Kommunalrichtlinie	Keine Rückmeldung	180.122,00	18.011,00
Beleuchtung Hackenberg	Ersatz durch LED	BUND/Kommunalrichtlinie	Keine Rückmeldung	85.582,00	51.349,00
Radwegebrücke Balkantrasse	Ersatz nach Abbau durch Bahn AG	BUND/Kommunalrichtlinie	Keine Rückmeldung	480.000,00	168.000,00
Digitale Kommune	Forschungsprojekt/ digital- analoge Partizipation	BUND/ Wissenschaft	Wettbewerb/ Skizze	1.498.579,22	
Balkantrasse	Verlängerung der Trasse	BUND/ Modellprojekte	Wettbewerb/ Skizze	3.812.200,00	381.220,00
Wasserstoff Müllfahrzeug	Anschaffung	KSN Sonderprogramm	Noch offen	988.237,00	512.164,00
Billigkeitsrichtlinie	Diverse Projekte	Land NRW	Ratsvorlage	147.190,42	
Offene Skizzen/Ant. gesamt				19.528.187,10	3.705.808,53
<i>Biodiversitätsmanagement</i>	<i>Personalförderung</i>	<i>BUND</i>	<i>Kurz vor Einreichung</i>	<i>345.000,00</i>	<i>34.500,00</i>
Honsberg/Stachelhausen	Beantragt durch 4.12	Städtebauförderung		2.563.300,00	512.660,00
Innenstadt	Beantragt durch 4.12	Städtebauförderung		1.675.815,00	335.163,00

Weitere Aktivitäten des Fördermanagements

Die Flutkatastrophe hat im letzten Jahr viele Remscheiderinnen und Remscheider hart getroffen. Die Bilder von entfesselten Wassermassen, die ganze Etagen unter Wasser setzten, haben viele noch in Erinnerung. Nach den ersten Hilfen hat das Land NRW mit seinem Wiederaufbaufonds eine Möglichkeit geschaffen, die Schäden zu beseitigen. Betroffene können Anträge stellen und zumindest 80% oder in Einzelfällen 100% der Schäden ersetzt bekommen. Das Antragsverfahren verläuft ausschließlich online. Auch wenn die Landesregierung sich sehr viel Mühe bei der Vereinfachung des Verfahrens gegeben hat – für die meisten Betroffenen ist es der erste Antrag und angesichts der teils großen Schäden ein besonders wichtiger.

Um den Menschen möglichst unbürokratisch zu helfen, hat der Oberbürgermeister das Fördermanagement damit beauftragt, Unterstützung bei der Antragstellung zu leisten und die Fluthilfe Remscheid bei der Koordinierung zu begleiten. In der Folge wurden Treffen und Veranstaltungen mit den Betroffenen organisiert, finanzielle Hilfen durch die Fluthilfe geleistet, Gutachten organisiert und Einzelpersonen vor allem bei der Antragstellung geholfen.

Mehr als 20 Familien haben sich mittlerweile an die Stadt Remscheid mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Nahezu alle haben mit Hilfe des Fördermanagements einen Wiederaufbauantrag gestellt. Vor dem Hintergrund des Schocks und der Scheu vor offiziellen Stellen haben sich viele zunächst zurückgehalten und sich erst im Laufe des Jahres gemeldet. Die Beratungsgespräche verlaufen in der Regel je nach Schaden und Haushaltssituation verständlicherweise sehr unterschiedlich, wobei gesagt werden muss, dass nach einigen Anfangsschwierigkeiten die Abwicklung durch das Land zügig erfolgt.

Im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe begleitet das Fördermanagement gemeinsam mit der TBR und anderen Fachdiensten den Wiederaufbauplan der Stadt Remscheid, für den 6.151.050 Euro beantragt werden.

Ein völlig anderes Themenfeld wird derzeit noch vom Fördermanagement bearbeitet: Das Programm 2000X1000 des Landes NRW. Hier können Vereine Mittel von max. 1000€ für nachbarschaftliche Aktivitäten beantragen. Die Stadt Remscheid ist dabei die bewilligende Behörde und wird durch das Land geprüft. Nachdem das Programm im vergangenen Jahr sehr kurzfristig auf eine verunsicherte Vereinslandschaft traf, haben in 2022 18 Vereine bzw. Privatpersonen beworben und mit ihren Aktivitäten viel Gutes zum Zusammenleben in unserer Stadt beigetragen.

Zusammenfassung und Ausblick

Das Fördermanagement hat eine gute Ausgangssituation vorgefunden. Viele Fachdienste waren und sind beim Thema Förderungen immer wieder aktiv und kämpfen für die Verwirklichung ihrer Planungen. Das Zusammenspiel zwischen der dezentral aufgestellten Verwaltung und dem zentralen Fördermanagement kann durch den Arbeitskreis Förderungen weiterentwickelt und optimiert werden. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund zwingend erforderlich, dass viele der aktuellen Förderprogramme nicht mehr nur ein Thema in den Fokus nehmen, sondern fachübergreifendes Denken und Handeln erfordern. Die Nutzung digitaler Werkzeuge spielen z.B. in nahezu allen Themenfeldern ebenso eine Rolle wie die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern und soziale Fragen in die anstehenden Veränderungen im Rahmen der

Transformationsprozesse. Von daher ist eine strategische Ausrichtung der Stadt Remscheid auf die Zukunftsthemen wie Wärmewende, Mobilitätswende, Energiewende von großer Bedeutung. Mit den Fachkonzepten, der Mobilitätsstrategie, dem Radverkehrskonzept und der Nachhaltigkeitsstrategie ist die Stadt Remscheid gut auf diese Entwicklungen vorbereitet.

Zur Wahrheit gehört aber auch die Betrachtung der Ist-Situation mit Blick auf die Erarbeitung und Realisierung von Förderprogrammen. Die herausfordernde personelle Situation in den Fachdiensten, die mitunter sehr detaillierten Vorgaben der Fördergeber, die teils schleppende Bearbeitung von Anträgen und die hohen Anforderungen an die Realisierung seitens der Fördergeber erschweren die Inanspruchnahmen von Fördermitteln erheblich. Deshalb ist eine gewisse Zurückhaltung in den Fachdiensten zu spüren. Daraus ergeben sich wichtige politische Forderungen, die teils auch vom Deutschen Städtetag formuliert werden. Aus Sicht der Stadt Remscheid seien hier zwei hervorgehoben:

1. Förderung von Personalstellen

Bei aller Freude in hohen Investitionszuschüssen – es braucht qualifiziertes Personal, um die Projekte zu verwirklichen – und das fehlt aufgrund Jahrzehnte langer Sparprozesse. Ohne eine auskömmliche Finanzierung zusätzlichen kommunalen Personals als originären Bestandteil können die Programme ihre beabsichtigte Wirkung nicht entfalten. Mehr noch: Strukturell werden die Kommunen bei der Erarbeitung und Realisierung von Förderprogrammen begünstigt, die über ausreichend Personal und finanzielle Mittel verfügen. Nothaushaltskommunen und solche im Strukturwandel wie die Stadt Remscheid werden dadurch benachteiligt. Diesen Umstand sollten die Förderprogrammen berücksichtigen und Wege finden, die im Rahmen ihrer Förderungen gleichzeitig auch zusätzliches kommunales Personal fördern.

2. Zweckgebundene Regionalbudgets

Die Freude über die Billigkeitsrichtlinie war in der Remscheider Verwaltung groß. Im Rahmen der vergebenen Ziele war und ist es möglich, eigene Akzente entsprechend der Ziele der Stadt Remscheid zu setzen. Die Vorgaben sind sehr offen gehalten. Was für ein Unterschied zu den sonstigen Förderprogrammen. Nach diesem Muster wird seitens vieler Kommunen die Einführung von Regionalbudgets gefordert. Es soll ein Instrument geschaffen werden, das den Kommunalverwaltungen und der Politik die Möglichkeit einräumt, im Rahmen vereinfachter Zielvorgaben eigene Entscheidungen über die entsprechenden Projekte zu treffen. Diese Forderung wird von der Stadt Remscheid geteilt.

Die Komplexität des Fördergeschehens erfordert einen ständigen Austausch zwischen Politik und Verwaltung. Sie erfordert aber auch die Entwicklung von Förderkulissen, die den Realitäten in den Kommunen Rechnung tragen und sie wirksam bei ihrer Arbeit unterstützen. Denn die große Transformation findet in den Städten und Gemeinden statt.